

# *Transit*

EUROPÄISCHE REVUE

## **Zukunft der Demokratie**

- |                            |   |
|----------------------------|---|
| <b>Ivan Krastev</b>        | Der Transparenzwahn                         |
| <b>Nadia Urbinati</b>      | Demokratie im Zeitalter des Internets       |
| <b>Claus Offe</b>          | Postdemokratischer Finanzmarktkapitalismus  |
| <b>Sighard Neckel</b>      | Paradoxe Modernisierung                     |
| <b>Jan-Werner Müller</b>   | Zu einer politischen Theorie des Populismus |
| <b>Leggewie/Nanz</b>       | Neue Formen demokratischer Teilhabe         |
| <b>Pierre Rosanvallon</b>  | Gleichheit im Zeitalter der Ungleichheit    |
| <b>Michael Sandel</b>      | Solidarität                                 |
| <b>Krzysztof Michalski</b> | Patriotismus                                |
| <b>Stefan Auer</b>         | Das Ende des europäischen Traums            |
| <b>Jiří Pehe</b>           | Tschechien: Demokratie ohne Demokraten      |
| <b>Jacques Rupnik</b>      | Ungarns illiberale Wende                    |
| <b>Nilüfer Göle</b>        | Gezi Park: Politik des öffentlichen Raums   |
| <b>Peter Pomerantsev</b>   | Postmoderne Diktatur in Russland            |

*Pierre Rosanvallon*

## GLEICHHEIT IM ZEITALTER DER UNGLEICHHEIT

### *I Das Ende des Zeitalters der Gleichheit*

Es ist allgemein bekannt, dass aufgrund eines starken Anstiegs der Spitzeneinkommen die Ungleichheit seit den 1980er Jahren enorm zugenommen hat. Dies belegen allenthalben die Statistiken.

Allerdings steht die wachsende Ungleichheit in Europa und Amerika in starkem Kontrast zu ihrer vorangegangenen Verminderung: Der jüngste Anstieg der Ungleichheit schließt sich an eine lange Periode reduzierter Einkommens- und Vermögensungleichheit auf beiden Kontinenten an. In Frankreich besaß das reichste Prozent der Bevölkerung im Jahr 1913 53 Prozent des nationalen Reichtums, 1984 dagegen nur 20 Prozent. In den USA teilten am Vorabend der Weltwirtschaftskrise die obersten zehn Prozent der Verdienner 50 Prozent des Gesamteinkommens unter sich auf, von 1950 bis zur Mitte der 1980er Jahre waren es weniger als 35 Prozent. In Schweden, ein leuchtendes Beispiel für die Verminderung von Ungleichheit, beanspruchte das oberste Prozent der Verdienner 1980 nur 23 Prozent des Gesamteinkommens, im Vergleich zu 46 Prozent an der Wende zum 20. Jahrhundert. So beschreibt denn auch ein kürzlich erschienenes Buch das kurze 20. Jahrhundert als »Zeitalter der Gleichheit«.<sup>1</sup> In den ersten beiden Dekaden wurde ein radikaler Bruch mit dem 19. Jahrhundert vollzogen (der sich nach jedem Weltkrieg fortsetzte und beschleunigte). Die spektakuläre Verringerung der Ungleichheit wurde erreicht durch eine rasche Anhebung niedriger Einkommen, einen geringeren Anstieg hoher Einkommen, soziale Transferzahlungen und ein stark progressives Steuersystem mit einem steil ansteigenden Steuersatz in den höheren Steuerklassen. Heute hat sich dieses Erbe verflüchtigt, das gegenwärtige System stellt seinerseits einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit dar und kehrt den Trend des letzten Jahrhunderts um. Es scheint sich eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert anzubahnen.

Daraus ergeben sich zwei Fragen:

1. Wie ist diese »große Kehre«, die so tiefgreifend ist wie die vorangegangene »große Transformation« (Karl Polanyi), zu verstehen? Abzulesen ist sie an der Besteuerung: Die Progressivität der Einkommensteuer hat, unabhängig von der ideologischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungsparteien, überall abgenommen. In Schweden sank der Spitzensteuersatz von 87 Prozent (1979) auf 51 Prozent (1983), in Großbritannien fiel er von 83 Prozent (1977) auf 40 Prozent (1999). Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gab es kein Industrieland mit einem Spitzensteuersatz von über 50 Prozent. Die Kappung der Steuersätze war so einschneidend wie ihr Anstieg nach der Einführung der progressiven Einkommenssteuer zu Beginn des 20. Jahrhunderts (die in den USA, beginnend mit Höchststeuersätzen zwischen zwei und fünf Prozent, binnen 20 Jahren auf einen Spitzenwert von 94 Prozent kletterte).
2. Wie ist es zu verstehen, dass solche Ungleichheiten fast überall allgemeine Kritik hervorrufen, während die sie hervorbringenden Mechanismen paradoxerweise hingenommen werden (so z.B., wenn Bonuszahlungen an Börsenhändler oder Vorstandsgehälter, nicht jedoch vergleichbare Einkommen im Sport oder Showgeschäft gebrandmarkt werden)?

Wir stehen hier vor zentralen Fragen unserer Zeit, denn wachsende Ungleichheit bedroht die Demokratie. Dabei ist es ein Merkmal der Gegenwart, dass Demokratie als Regierungsform ihre Vitalität selbst dort noch manifestiert, wo sie als soziale Form schwindet. Das Streben nach mehr Freiheit und nach Regierungen, die stärker dem Allgemeinwillen entsprechen, hat allenthalben Despoten zu Fall gebracht und das Antlitz der Welt verändert. Doch das »Volk«, im politischen Sinn verstanden als eine kollektive Entität, die ihren Willen immer machtvoller durchsetzt, ist immer weniger ein »sozialer Körper«. Der politische Bürgersinn ist vorangekommen, während der soziale Bürgersinn Rückschritte verzeichnet. Diese Entzweiung der Demokratie ist eine unheilvolle Bedrohung unseres Wohls. Setzt sie sich fort, könnte die demokratische Regierungsform letztlich selbst in Gefahr geraten. Der Aufstieg populistischer Bewegungen ist zugleich Anzeichen und treibende Kraft dieser Malaise.

## II Die »große Transformation«

Um die gegenwärtige große Kehre zu begreifen, müssen wir zunächst die vorangehende große Transformation verstehen. Der Bruch mit dem Kapitalismus des 19. Jahrhunderts entspringt drei Faktoren:

- der Entwicklung eines »Reformismus der Angst«;
- den Auswirkungen der beiden Weltkriege;
- den moralischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die eine Entindividualisierung der Welt herbeigeführt haben.

### *Der Reformismus der Angst*

Die Herausbildung der Arbeiterbewegung und ihr Niederschlag in sozialistischen Wählerstimmen (ermöglicht durch die Universalisierung des Wahlrechts am Ende des 19. Jahrhunderts) setzten konservative Regierungen unter Druck. »Wir haben die Wahl zwischen einer fiskalischen Revolution und einer sozialen Revolution«, urteilte Émile de Girardin in Frankreich. Am bezeichnendsten ist in dieser Hinsicht das deutsche Beispiel. Bismarck wählte die reformistische Option aus klarem politischen Kalkül, bestand ihr unmittelbarer Zweck doch darin, die Ausbreitung sozialistischer Ideen durch den Nachweis einzudämmen, dass sich die Regierung um die Arbeiterklasse kümmert. Mit anderen Worten, in Deutschland entsprang der Plan, die soziale Ungleichheit zu verringern und die Prekarität der Beschäftigungsverhältnisse der Arbeiterklasse auszugleichen, aus einem, wie wir es nennen könnten, Reformismus der Angst. Die meisten europäischen Länder folgten dem deutschen Weg. Liberale und Konservative, alarmiert von Warnsignalen, dass sich die kapitalistische Gesellschaft, wie sie sich zur Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte, als unhaltbar erweisen könnte, »fügten sich in Reformen«. »Wir glauben«, so die Ansicht deutscher Nationalökonomien und Soziologen auf der Eisenacher Versammlung 1872, »dass eine zu große Ungleichheit der Vermögens- und Einkommensverteilung, dass ein zu erbitterter Klassenkampf mit der Zeit auch alle freien politischen Institutionen vernichten muss ...«<sup>2</sup> Sie lieferten damit einen intellektuellen und moralischen Rahmen zur Rechtfertigung des Wandels in der Bismarck'schen Innenpolitik.

Nach 1918 weckte die Oktoberrevolution das Schreckgespenst des sozialen Umsturzes und beschleunigte den Wandel in Europa. In diesem

Jahr erlebte der Kontinent eine Reihe revolutionärer, vom sowjetischen Vorbild beflügelter Erhebungen. In Deutschland waren es die Spartakisten unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, in Ungarn formierte sich eine Räterepublik unter Béla Kun. Überall brachen große Streiks aus, unter denen etablierte Regierungen ins Wanken gerieten. »Ganz Europa ist vom Geist der Revolution erfüllt«, warnte Lloyd George auf der Friedenskonferenz am 25. März 1919. »Die gesamte bestehende soziale, politische und wirtschaftliche Ordnung wird von der Masse der Bevölkerung von einem Ende Europas zum anderen in Frage gestellt.«<sup>3</sup> Man musste der Arbeitermacht also etwas entgegensetzen. All diese sozialen und politischen Faktoren trieben die Regierungen an, vor dem Krieg begonnene Reformen auszuweiten und zu beschleunigen.

### *Die Weltkriege und die Verstaatlichung des Lebens*

Die Entwicklung der Ungleichheit steht in enger Beziehung zur Ablösung bestimmter Einzelner von den gewöhnlichen Menschen und zur Legitimierung ihres Anspruchs auf Vorrang und Absonderung. Sie ist daher *per se* mit einer stärkeren Betonung privater gegenüber öffentlichen Normen verbunden. Die Erfahrung des Ersten Weltkriegs kehrte diese Tendenz um. In gewisser Weise verstaatlichte der Krieg das Leben der Menschen. Private Tätigkeit wurde zu einem Großteil durch kollektive Beschränkungen geformt. Die sozialen Beziehungen tendierten daher dazu, sich zwischen zwei Extremen zu polarisieren: Rückzug in den Kreis der Familie oder Absorbierung in die übergeordneten Geschicke der Nation. Zwischen Familie und Vaterland blieb praktisch kein Mittelweg. Die Tatsache, dass der Krieg die Existenz aller bedrohte, belebte die fundamentalen Prinzipien des sozialen Naturzustands.

Die Umverteilungsrevolution entsprang so dem Kontext des Ersten Weltkriegs. Millionen von Toten auf dem europäischen Kontinent zwangen die Menschen, neu darüber nachzudenken, was sie verband. »Wen der Krieg nicht umbrachte, den brachte er zum Nachdenken«, wie George Orwell es ausdrückte.<sup>4</sup> Die Soldaten traf natürlich das schwerste Los. Jeder lernte im Schlamm der Schützengräben, wo alle auf eine Art Naturzustand zurückgeworfen waren, dass sein Leben genauso verletzlich war wie das seiner Kameraden. Infanteristen erlebten Gleichheit unter den Extrembedingungen des Zurückgeworfenseins auf die nackte Existenz, waren verbunden in der Erfahrung, Kanonenfutter zu sein. »Das Bewusstsein einer

natürlichen Gemeinschaft weckte ein höchst lebhaftes, tröstliches Gefühl der Gleichheit«, schrieb einer von ihnen. Viele deutsche Soldaten hätten damals, so bemerkte Robert Musil, zum ersten Mal das erhebende Gefühl verspürt, etwas mit allen anderen Deutschen gemein zu haben und als bescheidenes Teilchen an einem Geschehen teilzuhaben, das das Persönliche transzendierte. Der Tod gewann so Bedeutung als eine Art der Teilhabe am Leben der Gemeinschaft.

Die Erfahrung des Ersten Weltkriegs markierte auf diese Weise einen entscheidenden Wendepunkt zur demokratischen Moderne. Sie stellte in unmittelbarer, fasslicher Weise die Idee einer Gesellschaft von Gleichen wieder her und hauchte der ältesten Bedeutung der Gleichheitsidee, wie sie in dem griechischen Wort *homoioi* zum Ausdruck kommt, neues Leben ein. Die erste Bedeutung des Eigenschaftsworts *homoios* bezog sich auf *polemos*, Krieg: Es charakterisierte einen Kampf, »der gleich ist für alle und keinen verschont«. Der Erste Weltkrieg demonstrierte durch die brüderliche Erfahrung des Kampfes nicht nur diesen Aspekt der Gleichheit, sondern zollte ihr in allen kämpfenden Ländern durch die Organisation nationaler Begräbnisse zu Ehren des auf dem Schlachtfeld gefallenen »unbekannten Soldaten« auch öffentliche Anerkennung und bezeugte so die Bedeutung noch des geringsten Bürgers als Vertreter der gesamten Nation. Die Anonymität des unbekanntes Soldaten drückte in exemplarischer Weise die Idee radikaler Gleichheit und völliger Gleichwertigkeit aus. Noch der unscheinbarste Einzelne verkörperte das Beste in allen und wurde zum höchsten Maßstab der gesellschaftlichen Ordnung. 1918 wurde *jedermann* zur Inkarnation des sozialen Individuums.

So komplex die Phänomene der Kampfesbruderschaft und des Opfergedenkens sind, sie haben geholfen, den Weg zu größerer sozialer Solidarität zu ebnen. Die den Veteranen eingeräumten Vergünstigungen trugen zu einem allgemeinen Überdenken der Sozialleistungen und anderer Umverteilungsmaßnahmen bei.

Selbst die Vereinigten Staaten gingen aus dem Krieg tief gewandelt hervor. Die Erfahrung veränderte die amerikanische Einstellung zu Besteuerung und Umverteilung. Als das Staatseinnahmengesetz (Revenue Act) von 1917 verabschiedet wurde, sprach man zu einer Zeit, als sich junge Männer massenhaft freiwillig zum Kriegsdienst meldeten, von der »Einberufung des Einkommens« und der »Einberufung des Reichtums«. »Lasst auch ihre Dollars für ihr Land sterben«, forderte ein Kongressab-

geordneter. Der Ruf nach fiskalischem Patriotismus trug in den Vereinigten Staaten zur Legitimierung der progressiven Einkommenssteuer bei. Man kann daher mit Fug und Recht sagen, dass die kapitalistischen Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg ihre grundlegenden Prinzipien und Institutionen überdachten.

### *Die Entindividualisierung der Welt*

Die Umverteilungsrevolution wurde durch die eben genannten historischen und politischen Bedingungen ermöglicht. Indes war sie auch die Frucht einer intellektuellen und moralischen Revolution. Umverteilung wurde möglich, weil Wirtschaft und Gesellschaft durch Denker, die sich gegen ältere Anschauungen von individueller Verantwortung und Begabung wandten, »entindividualisiert« wurden. Was sich dabei letztlich herauschälte, war eine neue Sicht des Unternehmertums selbst.

Das neue Verständnis vom Wesen der Gesellschaft veränderte die Art, wie die Menschen im späten 19. Jahrhundert über Gleichheit und Solidarität dachten. Die Begründer der europäischen Soziologie – Albert Schäffle in Deutschland, John A. Hobson und Leonard T. Hobhouse in England sowie Alfred Fouillée in Frankreich – stimmten alle in der Vorstellung von der Gesellschaft als eines organischen Ganzen überein.

Kathedersozialisten in Deutschland, Fabianer und »neue Liberale« in Großbritannien, der republikanische Solidarismus in Frankreich: All diese verschiedenen politischen und intellektuellen Bewegungen konvergierten im späten 19. Jahrhundert. Sie alle formulierten die Frage, wie die Gesellschaft konstituiert sei, in ganz ähnlicher Weise neu. Die Idee einer Gesellschaft bestehend aus souveränen, autarken Individuen machte einem auf Interdependenz fußenden Ansatz Platz. In diesem neuen Kontext wurden die Auffassungen von Recht und Pflicht, Verdienst und Verantwortung, Autonomie und Solidarität völlig neu definiert. Gleichheit als Umverteilung wurde nicht nur denkbar, sondern möglich. So waren die Einführung der progressiven Einkommenssteuer und Änderungen bei der Erbschaftsteuer eng mit der immer populäreren Idee verbunden, dass jeder Mensch mit einer Bringschuld gegenüber der Gesellschaft zur Welt komme und der akkumulierten Arbeit der ganzen Menschheit Tribut schulde.

Neben der »Begleichung der sozialen Schuld« hatte das der progressiven Einkommenssteuer zugrunde liegende Umverteilungsprinzip auch noch einen strukturellen Grund. Die Steuer ermöglichte es, die vom

Markt bestimmte Einkommensverteilung zu korrigieren, indem sie dem vergesellschafteten Wesen der modernen Produktion Rechnung trug: Das Produktionssystem wurde als interdependentes System aufgefasst, innerhalb dessen sich der Beitrag eines Individuums unmöglich isolieren ließ. Hobhouse spottete über den Anspruch des »Selfmademan«, für seinen Erfolg allein verantwortlich zu sein. »Wenn er seinem Vermögen auf den Grund ginge«, schrieb er, »würde er feststellen, dass es die Gesellschaft ist, die sein Eigentum verteidigt und garantiert und ein notwendiger Partner bei seiner Schaffung ist.« Die beiden großen amerikanischen Theoretiker der Steuerreform, Richard T. Ely und Edwin R.A. Seligman, machten sich bei ihrer Befürwortung einer progressiven Einkommenssteuer dasselbe Argument zu eigen. »So etwas wie eine strikt individualistische Erzeugung von Wohlstand«, so formulierte es Ely, »gibt es in der modernen Welt nicht.« Diese neue Sichtweise von Wirtschaft und Gesellschaft bildete überall die Grundlage der progressiven Besteuerung. Das neue Besteuerungsprinzip wurde als notwendiges Mittel der Vergesellschaftung, als Korrektiv von Marktverzerrungen betrachtet. Mit anderen Worten, soziale Gerechtigkeit gründete nicht länger in einem moralischen Imperativ der Wohltätigkeit, sondern war ein Erfordernis der Gesellschaftsstruktur selbst.

### *Eine neue Sicht von Ungleichheit und Armut*

Die Entwicklung von Wohlfahrtsstaat und Umverteilungsinstitutionen wurde begünstigt durch die Tatsache, dass die gesellschaftliche Bedingtheit von Ungleichheit zunehmend anerkannt wurde. Die Menschen waren immer stärker bereit, die strukturellen Ursachen von Ungleichheit in der Organisation der Gesellschaft statt in individuellen Unterschieden oder persönlichem Verhalten zu sehen. So konnte die sozialistische Kritik der Gesellschaftsordnung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts an Gewicht gewinnen. Ebenso veränderten sich die Ansichten über Armut, und auch hier war Großbritannien für Europa tonangebend. Im Gefolge von Richard H. Tawney verfochten Neo-Fabianer wie Anthony Crossland, Richard Crossman und Roy Jenkins die Notwendigkeit von mehr Gleichheit und beschrieben Armut als eine Konsequenz gesellschaftlicher Dysfunktion.



### *Das Unternehmen als Organisation*

Der Aufstieg des Wohlfahrtsstaats war eng verbunden mit der vorherrschenden Stellung der Keynes'schen Ideen in der Makroökonomie und der mit ihnen einhergehenden Betonung der Nachfrage. Die Umverteilung von Wohlstand, so die Überzeugung, trug zum Wachstum bei. Gleichzeitig trat ein neues, »postliberales« Verständnis von Wirtschaftsunternehmen in den Vordergrund. Autoren wie Andrew Shonfield, John Kenneth Galbraith und Peter Drucker stehen exemplarisch für eine neue Sicht des Unternehmens, die in den 1960er Jahren, als das soziale Umverteilungsmodell seinen Höhepunkt erreichte, einflussreich wurde. Ihre Arbeiten können uns als Leitfaden dienen.

Mit seinem Buch *Modern Capitalism* von 1966 (dt. *Geplanter Kapitalismus*, 1968) legte Andrew Shonfield eine umfassende Studie über Westeuropa und die USA vor, in der er das moderne Industrieunternehmen als Organisation beschreibt, die »dazu neigt, sich als eine *permanente* Institution zu betrachten, mit Funktionen, die sich nicht darin erschöpfen, den größtmöglichen Gewinn zu erzielen, sondern sich sogar manchmal gar nicht damit vereinbaren lassen«. <sup>5</sup> Obwohl der Wettbewerb nicht verschwunden war, hätten sich, so argumentiert er, Großunternehmen aufgrund ihrer Fähigkeit herausgebildet, den Markt dank ihrer schieren Größe zu »zähmen«. Das moderne Industriesystem, so schrieb John Kenneth Galbraith, sei nicht länger hauptsächlich ein Marktsystem, sondern werde zum Teil von großen Unternehmen und zum Teil vom modernen Staat geplant. Aus Galbraiths Sicht hatten sich moderne Unternehmen in relativ autonome Organisationen verwandelt. Zum Großteil eigenfinanziert mussten sie sich nicht auf die Börse stützen und hatten sich weitgehend von der Macht der Aktionäre befreit, die sich damit zufriedengaben, »vernünftige Dividenden« zu erhalten.

Die Macht im modernen Großunternehmen lag, so folgerte Galbraith, nicht mehr bei Einzelpersonen, sondern war unweigerlich und unumkehrbar vom Individuum auf die Gruppe übergegangen, weil nur sie über die für Entscheidungen erforderlichen Informationen verfügte. <sup>6</sup> Diese Beobachtung war entscheidend für seine Beschreibung dessen, was man als »Entindividualisierung« von Macht und als Vergesellschaftung von Verantwortung bezeichnen könnte. Für den Autor von *Die moderne Industriegesellschaft* hatte diese Übertragung der Macht auf die Organisation eine Reihe von Konsequenzen. In ihr spiegelte sich der Bedeutungsverlust

des Schumpeter'schen Unternehmers: »Der Unternehmer als Einzelperson verschwindet immer mehr aus dem Bild des gereiften Industriebetriebs.«<sup>7</sup> Er war durch die »Technostruktur«, einen veritablen Kollektivgeist, ersetzt worden. Die Ankunft dieser unpersönlichen Macht bedeutet auch, dass der Erfolg des Unternehmens stärker von der Qualität der Organisation und von angemessenen Managementmethoden abhängt als von den außergewöhnlichen Talenten dieses oder jenes Einzelnen. Obwohl mit ganz gewöhnlichen Beschäftigten besetzt, konnte das Unternehmen daher ausgezeichnetes leisten. Auf diese Weise wurde das Talent vom Sockel gestoßen. Genauso argumentierte auch Peter Drucker.

Für Galbraith bedeuteten diese Veränderungen, dass sich die Rolle der Topmanager auf ein Rädchen im Getriebe reduzierte. Belege dafür sah er in ihrer Austauschbarkeit, da »die Pensionierung, der Tod oder die Ersetzung eines Industriekapitäns [...] auf eine Firma wie General Motors oder Continental Can nicht die geringste Auswirkung« hätte.<sup>8</sup> Die Manager waren, wie andere Angestellte, zu »Organisationsmenschen«, bloßen Dienern geworden. Das Prestige gehörte der Organisation, nicht ihren Mitgliedern.

Die Vergesellschaftung von Verantwortung und Produktivität aufgrund dieses Organisationstypus veränderte nach Galbraiths Auffassung das Wesen der sozialen Frage. Die Effizienz des Systems verteilte unweigerlich Reichtum neu und verminderte die Ungleichheit. Dem Gros der Einzelnen kam das, was als kollektive Leistung betrachtet wurde, zugute. Niemand konnte diese Errungenschaften für sich selbst in Anspruch nehmen. Manager wurden natürlich besser bezahlt als Arbeiter, aber nur innerhalb des Rahmens einer funktionalen Qualifikationshierarchie (und es sei zur Illustration daran erinnert, dass aus der Sicht Peter Druckers das Verhältnis der Vergütung zwischen Spitzenmanagern und niedrigsten Angestellten nicht mehr als 20 zu eins betragen sollte). Das egalitäre Ethos der Zeit stand in enger Beziehung zu dem Bild einer durch und durch vergesellschafteten Welt.

### *III Die »große Kehre«*

Blickt man auf die politischen und historischen Faktoren, die zur »großen Transformation« geführt haben, ist leicht zu erkennen, dass sie heute nicht länger wirksam sind. Nach dem Fall des Kommunismus gibt es keinen

Raum mehr für einen Reformismus der Angst. Soziale Ängste existieren zwar noch, doch sie kreisen um Themen wie Gewalt, Sicherheit oder Terrorismus. Sie wirken in Richtung eines autoritären, nicht eines solidarischen Staates. In ähnlicher Weise richten ökologische Bedrohungen die Sorge in allgemeiner und abstrakter Weise auf das Schicksal künftiger Generationen, nicht auf Fragen der sozialen Umverteilung. Europa ist seit 1945 ein friedlicher Kontinent, und es hat keine Schocks mehr gegeben, die eine Neuformulierung des Gesellschaftsvertrags erzwungen hätten. Was also hat zur »großen Kehre« geführt?

### *Der neue Kapitalismus der Singularität*

Wesentlich sind in diesem Zusammenhang die Auswirkungen der Transformation des Kapitalismus und der Gesellschaft. Der seit den 1980er Jahren aufkommende Kapitalismus unterscheidet sich von früheren Formen des organisierten Kapitalismus in zweierlei Hinsicht: Erstens in der Veränderung der Beziehung zum Markt und der Rolle der Aktionäre und zweitens dadurch, dass die Arbeit in neuer Weise organisiert wurde. Die fordistische Organisation, die auf der Mobilisierung großer Arbeitermassen basierte, wich einer neuen Betonung der kreativen Fähigkeiten von Individuen. Kreativität wurde zum Hauptfaktor der Produktion. Schlagwörter wie »kognitiver Kapitalismus« und »produktive Subjektivität« kamen auf, um diesen Wandel zu beschreiben.

*Qualität* ist auf diese Weise ein zentrales Merkmal der neuen Ökonomie geworden, ein radikaler Bruch zur vorangegangenen Ökonomie der Quantität. Arbeitsroutinen sind in der Folge vielfältiger und Produktangebote verschiedenartiger geworden.

Der Produktionsmodus im neuen Kapitalismus der Singularität<sup>9</sup> wurde durch eine Ökonomie der permanenten Innovation geformt. Das belegt unter anderem der Umstand, dass die Liste der führenden Unternehmen der großen Industrieländer, von denen einige viele Jahrzehnte lang bestanden, von 1950 bis 1980 relativ stabil blieb, während diese Hierarchie in den 1990er Jahren deutlich aufbrach. Blickt man nur auf die USA, so waren die Unternehmen mit der größten Marktkapitalisierung nun Neulinge wie Microsoft, Apple und Oracle, während viele einstige Giganten von der Bildfläche verschwunden waren. Die Industrie- und Finanzlandschaft veränderte sich überall, was den Wandel zu neuen Arten der Organisation und Arbeitsmobilisierung beschleunigte.

### *Die Metamorphosen des Individualismus*

Diese Veränderungen stürzten Gesellschaften, die vom Geist der Gleichheit als Umverteilung beherrscht waren, in eine Krise und hatten auch eine soziale Dimension. Das ist nicht leicht zu erkennen, da ungezügelter Individualismus unter Beschuss geriet. Kritiker erhoben den Vorwurf, dass die Jagd nach Reichtum die soziale Solidarität untergraben und Privatisierungen forciert habe. Das ist nicht falsch, doch sind solche Einwände wenig hilfreich, um die Ursprünge der Kehre zu verstehen. Insbesondere wird ein auffälliges Paradox übersehen: Das neue Zeitalter der Ungleichheit und verminderten Solidarität ist zugleich gekennzeichnet durch eine Sensibilisierung für soziale Diskriminierung und eine gesteigerte Toleranz gegenüber Differenzen. So ergibt sich ein, gelinde gesagt, widersprüchliches Bild: Während einiges an erkämpftem Boden verloren gegangen ist, wurden anderweitig unzweifelhaft Fortschritte erzielt, etwa im Hinblick auf den Status von Frauen, die Anerkennung unterschiedlicher sexueller Orientierungen und individueller Rechte im Allgemeinen. Wenn wir die jüngsten Veränderungen in unseren Gesellschaften verstehen wollen, müssen wir alle diese divergierenden Tendenzen in Rechnung stellen. Eine Art, dies zu tun, besteht darin, auf die *interne* Transformation in der »Gesellschaft der Individuen« zu schauen. Diese vollzog sich nicht ruckartig am Ende des 20. Jahrhunderts, sondern bildete über zwei Jahrhunderte lang den Rahmen, innerhalb dessen sich die modernen Institutionen entwickelten. Kurz gesagt, was wir verstehen müssen, ist der Übergang von einem *Individualismus der Universalität* zu einem *Individualismus der Singularität*.

Der revolutionäre Individualismus nahm nicht auf einen gesellschaftlichen Zustand oder ein moralisches Faktum Bezug. Er beschrieb die Konstituierung des Menschen als rechtliches und politisches Subjekt. Der Ausdruck definierte damit eine Art der Gesellschaftskonstitution, einen neuen Ansatz zur Schaffung einer sozialen und politischen Ordnung, die an die Stelle der alten korporatistischen und absolutistischen Ordnung trat. Der revolutionäre Individualismus war eng mit der Idee der Gleichheit und Anerkennung der Wesensähnlichkeit der Menschen verbunden. Er charakterisierte eine Beziehung, eine Art soziales Band, und nicht die Kondition eines einzelnen, isoliert betrachteten sozialen Atoms. Georg Simmel verwendete den Ausdruck »Individualismus der Gleichartigkeit«, um die Tendenz der europäischen Gesellschaften im 18. Jahrhundert in

allgemeinen Begriffen zu beschreiben. Er wollte damit deutlich machen, wie eng das Streben nach Autonomie und Freiheit mit einem universalistischen Gleichheitsethos verknüpft war. Die individualistische Perspektive des 18. Jahrhunderts beruhte laut Simmel auf der Annahme, dass sich die Einzelnen, einmal von den gesellschaftlichen und historischen Fesseln befreit, als wesentlich gleichartig erweisen würden.<sup>10</sup> In diesem Kontext waren Freiheit und Gleichheit einander überlappende Werte. Sobald die auferlegten Ordnungen, Disziplinen und Strukturen beseitigt wären, würden die Individuen in der Lage sein, voll und ganz Mensch zu werden: In jedem von ihnen würde »der Mensch als solcher« hervortreten.

Neben einer solchen sozialen Betrachtung hatte der Individualismus auch eine psychologische Dimension, die jedoch nur im Reich der Kunst zur vollen und erkennbaren Ausprägung gelangte. Künstler definierten ihre Identität in Abgrenzung von den »gewöhnlichen Menschen«. Sie wandten sich von einer bürgerlichen Gesellschaft ab, die durch ihren Konformismus definiert war, d.h. durch die Unfähigkeit der bürgerlichen Klasse zu einer Existenz jenseits des Gefängnisses ihrer eigenen begrenzten Ziele und beschränkten Vorstellungskraft. Die Künstler standen auch abseits der in ihren Augen »herdenhaften Massen«, die ihnen als Sklaven ihrer unmittelbaren Eigeninteressen und unreflektierten Leidenschaften galten. Dieser *Individualismus der Distinktion* war der Vorläufer des heutigen *Individualismus der Singularität*.

Dieser lässt sich als Verallgemeinerung des Individualismus der Distinktion betrachten. Distinktion ist heute gewöhnlich geworden und hat ihren elitären Beigeschmack verloren – kurz, sie wurde »demokratisiert«. Dieser Prozess leitete eine neue Phase der menschlichen Emanzipation ein, definiert durch den Wunsch, eine durch und durch personalisierte Existenz zu erreichen. Er war eng mit der Zunahme der Komplexität und Heterogenität des gesellschaftlichen Lebens verbunden und daher mit den Wandlungen im Wesen des Kapitalismus. Auf einer tieferen Ebene kam dabei auch die Tatsache zum Tragen, dass das Leben jedes Individuums heute stärker durch seine persönliche Geschichte als durch seine persönlichen Bedingungen geformt wird.

Der Individualismus der Singularität reflektiert auch neue demokratische Erwartungen. In demokratischen, vom Geist eines universalistischen Individualismus bestimmten Gesellschaften bedeutete das allgemeine Wahlrecht, dass jedes Individuum Anspruch auf denselben Anteil an Sou-

veränität hatte. In der Demokratie als soziale Form des Individualismus der Singularität strebt das Individuum danach, in den Augen der anderen von Bedeutung und singular zu sein. Jeder beansprucht implizit das Recht für sich, ein Star zu sein, etwa ein Experte oder ein Künstler, um seine Ideen und Urteile als wertvoll berücksichtigt und anerkannt zu sehen.

Gleichheit hat in diesem Kontext nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Die unerträglichste Form der Ungleichheit ist immer noch die, nicht als Mensch behandelt, als wertlos abgelehnt zu werden. Folglich impliziert die Idee der Gleichheit noch immer den Wunsch, als *jemand* betrachtet zu werden, als eine Person, die anderen ähnlich ist, statt aufgrund irgendeines spezifischen Unterschieds ausgeschlossen zu werden. Als jemand anerkannt zu werden, der »wie« andere ist, bedeutet daher, anerkannt zu werden aufgrund des *Allgemeinmenschlichen*, das einem eigen ist (im Rekurs auf die ursprüngliche Bedeutung des »Menschlichen« als Eigenschaft einer distinktionslosen Einheit). Doch dieses Allgemeinmenschliche hat eine breitere, komplexere Bedeutung angenommen, die den Wunsch einschließt, dass die eigene Unterschiedlichkeit – die eigene Geschichte und die persönlichen Merkmale – von den anderen anerkannt wird. Niemand möchte auf eine bloße Nummer reduziert werden, jeder möchte *jemand* sein. Von daher die Zentralität des Begriffs der Diskriminierung, verstanden sowohl als Verletzung des Gleichheitsanspruchs als auch als Anspruch auf Einzigartigkeit.

#### *IV Auf dem Weg zu einem neuen Zeitalter der Gleichheit?*

Hier stehen wir heute. Als Folge der oben erwähnten Faktoren ist die Idee der Gleichheit in eine tiefe Krise geraten. Welche Lösungsmöglichkeiten gibt es?

1. Der erste Lösungsansatz wäre eine Rückkehr zu den Übeln des späten 19. Jahrhunderts zur Zeit der ersten Globalisierung: aggressiver Nationalismus, Xenophobie, Protektionismus. Der nationale Protektionismus wurde von einer rein negativen Sicht von Gleichheit getragen. »Die Idee des ›Vaterlands‹«, so formulierte der französische Autor und nationalistische Politiker Maurice Barrès unverblümt, »impliziert eine Art von Ungleichheit, allerdings zum Nachteil der Ausländer.« Mit anderen Worten, das Ziel war es, bestimmte Menschen durch den Ausschluss anderer enger zusammenzubringen. Diese nationsbildende Ungleichheit in Bezug auf ein

Außen wurde in Barrès' Denken verstärkt durch den Wunsch, eine weitere Gemeinschaft im Inneren zu schaffen: eine Gemeinschaft der Zurückgewiesenen, »die Masse der kleinen Leute«, Kleinkapitalisten und Arbeiter vereint in Opposition zu den »Großbaronen« und »Feudalherren«. Tatsächlich überlagerte Barrès zuweilen die interne und externe Dimension, indem er die »fremdländische Plutokratie« geißelte. Diese Extremposition zeigt klar, dass sich die Ideen der Identität und der Gleichheit stets auf ein komplexes Wechselspiel von Nähe und Distanz, Individualität und Kollektivität, Klasse und Nation beziehen.

Der nationale Protektionismus am Ende des 19. Jahrhunderts stellt einen Extremfall dar und ist das Ergebnis einer radikalen Polarisierung sowohl der Identität wie der Gleichheit. Er vereinfachte das Soziale und verkürzte dadurch die Idee der Gleichheit auf die Dimension der Gemeinschaftszugehörigkeit, die selbst auf eine negative Definition reduziert wurde (»nicht ausländisch«). Tatsächlich braucht die Konstitution einer Identität immer irgendeine Art von Abgrenzung, Trennung oder Spiegeleffekt. Doch um ein demokratisches Zugehörigkeitsgefühl zu schaffen, muss Identität mit der positiven Idee einer geteilten Existenz verbunden sein. Das ist es, was die revolutionäre französische Nation von 1789 von der nationalistischen Nation des späten 19. Jahrhunderts unterscheidet. Erstere verband sich mit der Bildung einer Gesellschaft von Gleichen, Letztere verstand Integration allein im unpolitischen Modus der Verschmelzung der Individuen zu einem homogenen Block.

Eine solche nationalprotektionistische Vision bildet heute den Kern der populistischen Bewegungen in Europa und den Vereinigten Staaten.

2. Die zweite Option wäre eine nostalgische Politik, welche die Wiederbelebung des bürgerlichen Republikanismus und/oder der Werte und Institutionen der klassischen Sozialdemokratie fordert. Der verstorbene Historiker Tony Judt hat jüngst in seinem Vermächtnis *Ill Fares the Land* für einen solchen Weg plädiert.<sup>11</sup> So edel sein Ansinnen ist, es nimmt den unumkehrbaren Charakter des Individualismus der Singularität nicht ernst genug (der nicht mit Individualismus als Selbstsucht oder Atomismus verwechselt werden darf). Der entscheidende Punkt ist, dass die große Kehre nicht Folge eines »gebrochenen Vertrags«<sup>12</sup> oder »moralischer Verderbtheit« ist. Sie entspringt historischen und politischen Faktoren ebenso wie strukturellen Transformationen, die sowohl die Produktionsweise als auch das Wesen des sozialen Zusammenhalts betreffen. Der Neoliberalis-



mus liefert aktuell die *Interpretation* dieser Veränderungen. Für ihn sind die Marktgesellschaft und die Perspektive eines generalisierten Wettbewerbs als Errungenschaft der Moderne eine wünschenswerte Form des Menschseins und des persönlichen Fortkommens. Doch sollte man sich über den Neoliberalismus keine Illusionen machen. Er ist nicht nur eine siegreiche und negative Ideologie – er ist eine perverse *Instrumentalisierung* der Singularität. So benutzen moderne Unternehmen Singularität als Produktionsmittel ohne jede Rücksicht auf die Selbstverwirklichung der Arbeitnehmer. Daraus erwachsen neue Arten sozialer Konflikte um Respekt bzw. moralische Belästigung. Das Problem ist, dass die Kritiker des Neoliberalismus häufig das positive Streben nach Singularität vernachlässigen und die Tatsache außer Acht lassen, dass der Neoliberalismus unsere Vorstellungen von Formen der Gleichheit ebenso grundlegend modifiziert wie die von erträglichen Formen der Ungleichheit.

3. Tatsächlich gibt es heute nur eine *positive* Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit: die Gerechtigkeitstheorien. Doch die Schwierigkeit ist, dass sie Fragen von Ungleichheit behandeln, indem sie diese aus einem sozialen Problem in ein interindividuelles verwandeln. Sie gründen auf einer neuen, die Begriffe Verantwortung und Verdienst beschwörenden Betrachtung von »gerechten Ungerechtigkeiten«. Dieser Ansatz hat sich unter dem Konzept der Chancengleichheit durchgesetzt, mit einer stattlichen Zahl von Definitionen – von minimalistischen bis zu radikalen. Doch Gerechtigkeit ist kein Synonym für Gleichheit, sie besagt nichts über das *Wesen* der demokratischen Gesellschaft. Gerechtigkeit kann *Sozialpolitik* unterstützen und definieren helfen, doch sie kann keine *Sozialphilosophie* begründen. Das Paradox besteht darin, dass Meritokratie eine radikale Individualisierung der Welt voraussetzt.

4. Was wir brauchen, ist ein neues Modell der Solidarität und Integration in einem Zeitalter der Singularität. Wenn heute eindeutig mehr Umverteilung vonnöten ist, muss sie neu legitimiert werden. Wie? Durch eine neue Definition von Gleichheit mit einer universalistischen Dimension. Das heißt, wir müssen zu jener revolutionären Vision französischer oder amerikanischer Prägung zurückkehren, die Gleichheit als *gesellschaftliche Beziehung* und nicht als arithmetisches Maß definiert. Gleichheit wurde damals in erster Linie als Beziehung verstanden, als ein Weg der Gesellschaftskonstitution, des gemeinschaftlichen Produzierens und Lebens. Man sah sie als demokratische Qualität und nicht nur als Maß der



Wohlstandsverteilung. Diese relationale Idee der Gleichheit wurde in Verbindung mit drei anderen Vorstellungen artikuliert: Ähnlichkeit, Unabhängigkeit und Staatsbürgerschaft. Dabei wurde »Ähnlichkeit« im Sinne von »Gleichheit als Äquivalenz« verstanden: Einander »ähnlich zu sein« bedeutet, die gleichen wesentlichen Eigenschaften zu besitzen, so dass die verbleibenden Unterschiede das Wesen der Beziehung nicht beeinträchtigen. Unabhängigkeit ist Gleichheit als Autonomie; sie ist negativ definiert als Abwesenheit von Unterordnung und positiv als Gleichgewicht im Austausch. Zur Staatsbürgerschaft gehört Gleichheit als Teilhabe, die in Gemeinschaftszugehörigkeit und bürgerschaftlichem Engagement besteht. Das Projekt der Gleichheit als Beziehung wurde interpretiert im Sinne einer *Welt* ähnlicher Menschen (oder *semblables*, wie Tocqueville gesagt hätte), einer *Gesellschaft* autonomer Individuen und einer *Gemeinschaft* von Bürgern. Diese Konzepte korrespondierten ihrerseits mit drei möglichen Repräsentationen der gesellschaftlichen Bindung: Die Menschenrechte, der Markt und das allgemeine Wahlrecht waren die zugrunde liegenden Institutionen. Wirtschaftliche Ungleichheiten wurden in diesem Rahmen nur dann als hinnehmbar betrachtet, wenn sie nicht die anderen Modi der relationalen Gleichheit bedrohten, die die Gesellschaft der Gleichen definierten. Diese in einer vorkapitalistischen Welt formulierten Repräsentationen wurden von der industriellen Revolution untergraben, die zur ersten großen Krise der Gleichheit führte. Um die zweite große Krise zu überwinden, müssen wir den ursprünglichen Geist der Gleichheit in einer dem gegenwärtigen Zeitalter angemessenen Form zurückgewinnen.

Heute können die Prinzipien der Singularität, Wechselseitigkeit und Gemeinschaftlichkeit (*singularité, réciprocité, communalité*) die Idee einer Gesellschaft der Gleichen wiederbeleben. Es sind diese Prinzipien, die als Legitimationsgrundlage einer neuen Umverteilungspolitik dienen müssen. Eine solchermaßen ausgerichtete Gesellschaft der Gleichen zu schaffen, darin besteht der soziale Fortschritt mit einer universalistischen Dimension. Bei der sogenannten »sozialen Frage« geht es nämlich nicht nur um Armut und Exklusion, sondern auch um die Schaffung einer gemeinsamen Welt für die ganze Gesellschaft. Und es gibt eine Methode, die Implementierung dieser Perspektive voranzutreiben: die demokratische Deliberation.

*Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos*

## Anmerkungen

- 1 Richard Pomfret, *The Age of Equality. The Twentieth Century in Economic Perspective*, Harvard UP 2011.
- 2 *Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage am 6. und 7. October 1872*, hg. vom Ständigen Ausschuß, Leipzig 1873, S. 5f.
- 3 Zitiert nach Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, 2. Aufl., Berlin / Bonn 1974, Bd. 2, S. 186, Anm. 1.
- 4 George Orwell, *Das verschüttete Leben*, Stuttgart 1953, S. 158.
- 5 Andrew Shonfield, *Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA*, Köln / Berlin 1968, S. 448.
- 6 Vgl. John Kenneth Galbraith, *Die moderne Industriegesellschaft*, München / Zürich 1968, S. 63ff.
- 7 Ebd., S. 73.
- 8 Ebd., S. 96.
- 9 Zum Begriff der Singularität vgl. die folgenden Ausführungen im Text sowie das Interview mit dem Autor »Penser en même temps l'égalité et la différence« in *Le Point* vom 8. September 2011: »Unter der Französischen Revolution verstand sich das souveräne Individuum als ›irgendjemand‹. Heute versteht es sich als ›jemand‹, der/die sich von den anderen Individuen unterscheidet. Diese Frage der Singularität hat die Linke bis heute nicht verstanden.« [www.lepoint.fr/grands-entretiens/pierre-rosanvallon-penser-en-meme-temps-l-egalite-et-la-difference-08-09-2011-1374442\\_326.php](http://www.lepoint.fr/grands-entretiens/pierre-rosanvallon-penser-en-meme-temps-l-egalite-et-la-difference-08-09-2011-1374442_326.php). Die Gleichheit der Singularität schließt die Anerkennung des Anderen und den Respekt für sein Anderssein ein und überlagert sich mit dem ursprünglichen Projekt einer Gesellschaft der Gleichen als Ähnlichen. (Anm. d. Red.)
- 10 Vgl. Georg Simmel, *Grundfragen der Soziologie*, Berlin / Leipzig 1917, Kap. 4: »Individuum und Gesellschaft in Lebensanschauungen des 18. und 19. Jahrhunderts«, S. 83 et passim.
- 11 Tony Judt, *Ill Fares the Land*, Penguin 2010 (dt.: *Dem Land geht es schlecht. Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit*, München 2011).
- 12 Vgl. George Packer, »The Broken Contract«, in: *Foreign Affairs*, Nov./Dez. 2011.